

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Essen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 03.02.2027, 10:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 293, Zweigertstr. 52, 45130 Essen**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Schönebeck, Blatt 2520,
BV lfd. Nr. 1 WE 4**

67,747/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Schönebeck, Flur 8, Flurstück 442, Gebäude- und Freifläche, Brausewindhang 88,90, Größe: 2.179 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Obergeschoss rechts mit Kellerraum Nr. 4 des Aufteilungsplanes.

versteigert werden.

Bei dem Versteigerungsobjekt handelt es sich um eine vermutlich tlw. eigen genutzte 3-Zimmer-Wohnung von rd. 90 m² Wohnfläche im 1. Obergeschoss eines Mehrfamilienhauses mit 6 Parteien.

Die Eigentümergemeinschaft umfasst zwei

Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 12 Eigentumswohnungen sowie 13 Garagen als Sondereigentume.

Die Wohnung konnte nicht besichtigt werden.

BJ: 1991

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 28.08.2025

eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

239.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.